

**Niederschrift**  
**über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für**  
**Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen**

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 25.01.2005
<b>Sitzungsbeginn:</b>	19:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf

---

**Anwesend sind:**

Herr Bernd Zink  
Herr Werner Hesse  
Herr Wolfgang Curdt  
Herr Joachim Dziuba  
Herr Tobias Karlein  
Herr Konrad Martin  
Herr Wolfgang Salzer (ab 19.32 Uhr)  
Frau Ilona Schaub  
Herr Christian Somogyi  
Herr Manfred Thierau (ab 19.33 Uhr)

**Beratendes Mitglied:**

Herr Günther Ettl

**Vom Magistrat:**

Herr Heinrich Reinhardt  
Herr Manfred Vollmer

**Schriftführer:**

Herr Klaus-Peter Riedl

**Stadtverordnetenvorsteher:**

Herr Hans-Georg Lang

**Von der Verwaltung:**

Herr Friedrich Greib

## Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 3 Steuerliche Behandlung der Vermietung von Büro- und Verwaltungsgebäuden  
- Übertragung von Gebäudeanteilen auf den Eigenbetrieb Stadtwerke  
1. Steuerliche Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes vom 23.05.2000,  
Bundessteuerblatt II, Seite 621  
2. Empfehlungen der Schüllermann & Partner AG  
Vorlage: FB5/2004/0025
- 4 Investitionsprogramm 2004 bis 2008  
Vorlage: FB1/2004/0097
- 5 Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005/Haushaltsplan, Stellenplan,  
Finanzplan  
2. Lesung und Beschlussfassung  
Vorlage: FB1/2004/0098
- 6 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2005  
1. § 15 Abs. 3 Ziffer 1 Eigenbetriebsgesetz  
2. Sitzung der Betriebskommission am 23.11.2004  
Vorlage: FB5/2004/0026
- 7 Wirtschaftsplan 2005 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"  
Vorlage: DuI/2004/0034
- 8 Prüfung der Jahresrechnung 2003 und Erteilung der Entlastung  
Vorlage: FB1/2004/0092
- 9 Direktwahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters  
§§ 39 und 42 HGO, § 42 KWG  
Vorlage: FB1/2005/0003
- 10 Beteiligungsbericht 2005  
Vorlage: FB1/2004/0093
- 11 Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung von Investitionen im städtischen  
Haushalt  
Vorlage: FB1/2004/0094
- 12 Mitteilungen
- 13 Verschiedenes

## Inhalt der Verhandlungen:

### **Zu 1 Eröffnung und Begrüßung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Inhalt der Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende verweist auf die vom Büro des Stadtverordnetenvorstehers mit Schreiben vom 13.01.2005 nachgereichte Vorlage

„Steuerliche Behandlung der Vermietung von Büro- und Verwaltungsgebäuden –  
Übertragung von Grundstücksanteilen auf den Eigenbetrieb Stadtwerke  
1. Steuerliche Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes vom 23.05.2000  
Bundessteuerblatt II, S. 621  
2. Empfehlungen der Schüllermann & Partner AG“

und schlägt vor, diese als TOP 3 aufzunehmen.  
Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

**Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen**

Anträge liegen nicht vor.

**Zu 3 Steuerliche Behandlung der Vermietung von Büro- und Verwaltungsgebäuden  
- Übertragung von Gebäudeanteilen auf den Eigenbetrieb Stadtwerke  
1. Steuerliche Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes vom 23.05.2000, Bundessteuerblatt II, Seite 621  
2. Empfehlungen der Schüllermann & Partner AG  
Vorlage: FB5/2004/0025**

Der Vorsitzende erläutert die Vorlage, die in der Betriebskommission Stadtwerke unter Beteiligung der Firma Schüllermann & Partner AG behandelt wurde.

Die Frage des Herrn STV Ettl nach dem Inhalt des von der Betriebskommission gefassten Beschlusses (siehe Seite 5 der Vorlage) wird entsprechend erläutert.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Einlage des Anlagevermögens der Stadt - für die von den Stadtwerken genutzten Anteile an Grundstücken, Gebäuden, technischen Anlagen und Inventargegenständen - in das Betriebsvermögen der Stadtwerke zu beschließen.
2. Die eingelegten Vermögenswerte werden zum Zwecke der Kapitalverstärkung der allgemeinen Rücklage zugeführt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig dafür

**Zu 4 Investitionsprogramm 2004 bis 2008  
Vorlage: FB1/2004/0097**

Der Vorsitzende ruft die Vorlage zur 2. Lesung auf. Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Das Investitionsprogramm 2004 bis 2008 wird in der im Entwurf des Haushaltsplanes 2005 enthaltenen Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja  
3 Nein



### **Anmerkung der Verwaltung:**

Nach Auskunft des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“ betragen die Kosten, die dem Bereich Feuerwehr zuzuordnen sind, nach dem Wirtschaftsplan 2005 100.000,-- €.

### **Beschlussvorschlag:**

Es wird um folgende Beschlussfassung gebeten:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“ für das Wirtschaftsjahr 2005 in der vorliegenden Fassung.

**Abstimmungsergebnis:**            7 Ja  
    3 Nein

## **Zu 8            Prüfung der Jahresrechnung 2003 und Erteilung der Entlastung Vorlage: FB1/2004/0092**

Im Rahmen der Beratung dieses Tagesordnungspunktes ergeben sich eine Reihe von Fragen des Herrn STV Hesse, die in der Sitzung zunächst nicht beantwortet werden können. Diese werden im Rahmen des Protokolls wie folgt beantwortet:

### **Anmerkung der Verwaltung:**

#### **Zu Seite 11 – Abgang Kasseneinnahmerest von 24.460,-- € bei den Personalkostenanteilen für das Bürgerhaus Niederklein**

Hier handelte es sich um einen Kasseneinnahmerest aus dem Jahr 2001. Der Betrag wurde abgesetzt, da die Zahlung nach Prüfung vom Kreis nicht zu leisten war.

#### **Zu Seite 11 – Abgang Haushaltseinnahmerest über 31.150,-- € Kreiszuweisung für den Kindergarten Niederklein**

Der Haushaltseinnahmerest von 31.150,-- € wurde per 31.12.2003 wegen der Gründung des neuen Eigenbetriebes DuI zum 01.01.2004 abgesetzt und nicht in das Haushaltsjahr 2004 vorgetragen.

#### **Zu Seite 11 – Abgang Haushaltseinnahmerest von 35.270,-- € für Landeszuweisung Dorferneuerung Erksdorf**

Bei dem Haushaltseinnahmerest von 35.270,-- € handelte es sich um Einnahmereste aus den Jahren 2002 und früher. Dieser Haushaltseinnahmerest wurde im Rahmen der Jahresrechnung 2003 per 31.12.2003 abgesetzt und nicht weiter nach 2004 vorgetragen, da die tatsächlichen Zahlungseingänge entsprechend geringer waren. Zahlungseingänge in 2004 wurden stattdessen auf Haushaltseinnahmerest aus 2003 bzw. auf laufendes Haushaltssoll 2004 verbucht.

### **Zu Seite 36 – Höhe der Gewerbesteuerumlage**

Gezahlte Gewerbesteuerumlage 2002: 7.299.000,-- €

Gezahlte Gewerbesteuerumlage 2003: 11.054.000,-- €

In dem Betrag von 11.054.000,-- €, der bis zum 31.12.2003 an Gewerbesteuerumlage gezahlt wurde, sind u. a. enthalten:

454.000,-- € für nachgemeldete Steuereingänge von 1.379.892,41 €, die Ende 2002 eingegangen, aber erst Anfang 2003 verbucht wurden und 1.272.000,-- € für Spitzabrechnung Fonds Deutsche Einheit.

Ursächlich für die auf 11,054 Mio. € gestiegene Gewerbesteuerumlage 2003 ist aber im Wesentlichen das Ansteigen des Umlagefaktors auf 114 % (2002: 102 %) und das zum jeweiligen Stichtag maßgebliche Gewerbesteueristaufkommen (ohne Spitzabrechnung im Folgejahr) von 23.120.000,-- € in 2003 (2002: 18.498.000,-- €). Das Gewerbesteueristaufkommen ist nicht identisch mit den jeweiligen Rechnungsergebnissen.

### **Zu Seite 52 – Istausgaben von 16.282,39 € (Kosten Kiosk Volkspark)**

Auf der Kostenstelle 02.8875.9400.0000 wurden in 2003 insgesamt 16.282,39 € ausgegeben, obwohl kein entsprechender Haushaltsansatz oder Haushaltsausgabereinstellung vorhanden war. Hierbei handelte es sich um Planungs- bzw. Baukosten, die erst Ende Dezember 2002 bzw. zu Beginn des Jahres 2003 abgerechnet wurden.

### **Zu Seite 53 – Abgang 25.000,-- € Zuschuss Stadt Kirchhain für Kombi-Bad**

Am 07.12.2001 wurden der Stadt Kirchhain anteilige Planungskosten von umgerechnet 13.638,30 € in Rechnung gestellt, ohne dass ein entsprechender Haushaltseinnahmeansatz für 2001 vorhanden war. Am 04.02.2002 wurden der Stadt Kirchhain weitere anteilige Planungskosten von 2.127,49 € berechnet. Diese wurden von der Stadt Kirchhain im Herbst bzw. September 2002 bezahlt.

Für das Haushaltsjahr 2003 wurde ein Einnahmeansatz von 25.000,-- € gebildet. Der Stadt Kirchhain wurden jedoch keine weiteren anteiligen Planungskosten in Rechnung gestellt, da keine weiteren Planungskosten entstanden sind. Folglich wurde auch kein Haushaltseinnahmerest gebildet.

### **Zu Seite 54 – Verfahrenskosten von 41.260,-- € für Streitverfahren Sanierung WASAG (zivil)**

Es handelt sich um die Kosten der rechtsanwaltlichen Vertretung außerhalb eines gerichtlichen Streitverfahrens.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß den §§ 113, 114 HGO die von der Revision des Landkreises Marburg-Biedenkopf geprüfte Jahresrechnung der Stadt Stadtallendorf für das Haushaltsjahr 2003 und erteilt dem Magistrat Entlastung.

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja  
3 Nein

**Zu 9**      **Direktwahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters**  
**§§ 39 und 42 HGO, § 42 KWG**  
**Vorlage: FB1/2005/0003**

Herr STV Hesse sieht die vorgeschlagenen Termine für die Wahl bzw. Stichwahl problematisch, weil diese zum einen am verlängerten Wochenende „3. Oktober“ bzw. zu Beginn der Herbstferien liegen, wodurch sich die Gefahr einer geringeren Wahlbeteiligung ergeben könnte.

Diskutiert wird das Für und Wider der lt. Vorlage vorgeschlagenen Wahltermine. Die Gefahr einer geringen Wahlbeteiligung könne lt. Herrn STV Curdt z. B. durch Briefwahl minimiert werden. Diskutiert wird auch die Frage, ob über die vorgeschlagenen Termine abgestimmt werden soll oder ob die Frage der Wahltermine bis zur Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung am 27.01.2005 nochmals intern beraten werden soll. Im Ergebnis einigt sich der Fachausschuss jedoch mehrheitlich darauf, über die vorliegende Vorlage heute abzustimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Direktwahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters für die ab 15.03.2006 beginnende Amtszeit am Sonntag, den 02.10.2005, durchzuführen. Soweit eine Stichwahl notwendig wird, findet diese am Sonntag, den 16.10.2005, statt.

**Abstimmungsergebnis:** 7 Ja  
3 Nein

**Zu 10**      **Beteiligungsbericht 2005**  
**Vorlage: FB1/2004/0093**

Die Frage des Herrn STV Hesse zur Mitgliedschaft der Stadt Stadtallendorf im Drainverband Rüdigheim wird mit Hinweis auf die der Stadt Stadtallendorf in der Gemarkung Rüdigheim gehörenden Grundstücke beantwortet.

**Beschlussvorschlag:**

1. Nach § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der derzeit gültigen Fassung dürfen die Kommunen wirtschaftliche Unternehmen errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn
  - 1.1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt und dieser Zweck durch das Unternehmen wirtschaftlich erfüllt werden kann,

- 1.2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Kommune und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Stadtallendorf Teile ihrer Aufgaben durch öffentlich-rechtliche Beteiligungen bzw. privatrechtliche Beteiligungen erledigt, hat die Verwaltung den als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht für das Jahr 2005 erstellt.

Der nunmehr 2. Beteiligungsbericht basiert auf dem Beteiligungsbericht des Vorjahres und beinhaltet eine Fortschreibung ausgewählter Daten lt. jeweiligem Geschäfts- bzw. Prüfbericht in der letzten hier vorliegenden Form.

2. Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 11 Aufnahme eines Darlehens zur Finanzierung von Investitionen im städtischen Haushalt**

**Vorlage: FB1/2004/0094**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat beschließt die Aufnahme eines Darlehens von

***1.500.000,00 €***

bei der

VR Bank Kirchhain eG (aus Mitteln der Deutschen Genossenschafts- und Hypothekenbank Hamburg AG)

**Konditionen:**

Darlehensbetrag:	1.500.000,-- EUR
Auszahlungskurs:	100 %
Valuta zum:	30.12.2004
Laufzeit:	25 Jahre
Halbjährliche feste Tilgungsraten von jeweils 2 x:	30.000,-- EUR
Tilgungsbeginn:	15.02.2005
Verzinsung vierteljährlich nachträglich (zum 15.02., 15.05., 15.08. u. 15.11. eines Jahres)	
Zinssatz:	3,97 %
Zinsbindung fest für Gesamtlaufzeit bis:	15.08.2029
Zinskalender:	30/360

**Abstimmungsergebnis:** Zur Kenntnis genommen

**Zu 12    Mitteilungen**

Es erfolgen keine Mitteilungen.

**Zu 13    Verschiedenes**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Der Vorsitzende**

**Der Schriftführer**

**Z i n k**

**R i e d l**

## **Verteiler Fachausschuss 1**

1. Zink, Bernd (Vorsitzender)
2. Hesse, Werner (stellv. Vorsitzender)
3. Curdt, Wolfgang
4. Dziuba, Joachim
5. Karlein, Tobias
6. Martin, Konrad
7. Salzer, Wolfgang
8. Schaub, Ilona
9. Somogyi, Christian
10. Thierau, Manfred
  
11. Ettel, Günther
12. Koch, Winand
  
13. Bürgermeister Vollmer
14. 1. Stadtrat Reinhardt
15. Stadtverordnetenvorsteher Lang
16. Büro Stadtverordnetenvorsteher
17. Ögretmen, Ihsan (Vors. Ausländerbeirat)
18. Schriftführer

## **Nachrichtlich:**

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Fachbereich 4

Fachbereich 5